



Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2009-2012

Auszug für die Medienmitteilung vom 29. Februar 2008

| | |
|---|----|
| A. Übergeordnete politische Ziele und Leitsätze, strategische Absichten | 2 |
| B. Entwicklungsschwerpunkte, Massnahmen und Finanzen | 21 |
| C. Finanzpolitische Richtwerte 2009-2012 | 27 |
| D. Finanzplanergebnisse 2009-2012 | 28 |

A. Übergeordnete politische Ziele und Leitsätze, strategische Absichten

Leitsatz A

„Auf den eigenen Fähigkeiten aufbauen und sich flexibel vernetzen“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

Graubünden verfügt wirtschaftlich, kulturell und dank einer einmaligen Landschaft über verschiedene Kernkompetenzen, die es engagiert auszuüben gilt. Selbstbewusst sind unkonventionelle Ansätze zu wählen und innovative Lösungen zu suchen, um über den ganzen Kanton verteilt möglichst viele attraktive Wohn- und Arbeitsorte zu erhalten oder neu zu schaffen. Eine gute Vernetzung mit gleichgesinnten Kreisen interkantonal, national und international sowie situative Partnerschaften sollen die Durchsetzung wichtiger Interessen ermöglichen.

1 Ausgangslage

Anliegen der Alpen- und Berggebietspolitik sind zentral für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Bevölkerung und für die künftige Entwicklung im Kanton. Die erfolgreiche Thematisierung und Durchsetzung interkantonal, gegenüber dem Bund und dem benachbarten Ausland setzen eine gute Vernetzung und Allianzen mit unterschiedlichen Partnern voraus. Solche müssen vermehrt auch ausserhalb bestehender Kooperationen gesucht werden. Gleichzeitig ist der Imagepflege entsprechende Beachtung zu schenken. Starkes Engagement für eigene Interessen stösst auch auf Widerstände und muss in der Zielsetzung und den Auswirkungen den Beteiligten und der Öffentlichkeit sinnvoll kommuniziert werden.

Strategische Absicht

Flexible Ausrichtung der Aussenbeziehungen und Konzentration auf wichtige Handlungsfelder, als verlässlicher Partner auftreten und ein positives Image bei der Wahrung eigener Interessen erzeugen.

Entwicklungsschwerpunkt

Aussenbeziehungen [ES 1].

2 Ausgangslage

Die sich im Aufwärtstrend befindliche internationale Tourismuswirtschaft stellt den Bündner Tourismus vor hohe Anforderungen, bietet jedoch attraktive Wachstumspotenziale. Damit der Tourismusstandort Graubünden neue Gäste gewinnt und davon profitiert, sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehören moderne und den Bedürfnissen des Marktes angepasste Tourismusstrukturen, marktgerechte Produkte und ein grundlegend reorganisiertes Marketing.

Strategische Absicht

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums mit neuen Tourismusstrukturen, auf die Bedürfnisse des Marktes ausgerichteten Produkten und einem innovativen Marketing.

Entwicklungsschwerpunkt

Tourismus [ES 22].

3 Ausgangslage

Zu einer hohen Lebensqualität trägt heute auch ein vielfältiges Kulturleben bei. Für die Wahl des Wohnortes für Arbeitskräfte, Pensionierte und Zuzüger wird es zu einem zunehmend wichtigen Kriterium. Kulturell kann Graubünden im Konkurrenzkampf mit den Zentren nur dann erfolgreich bestehen, wenn es sich auf die Einmaligkeit der bündnerischen Kultur nach dem Motto „klein, aber fein“ konzentriert. Die gezielte Förderung der bestehenden Kulturvielfalt macht Graubünden gleichzeitig auch für kulturinteressierte Gäste attraktiver.

Strategische Absicht

Pflege und Ausbau des multikulturellen und vielfältigen Kulturlebens durch innovative, lebendige und interaktive Vermittlung und Konzentration auf jene Kulturbereiche, in welchen das bündnerische Kulturschaffen im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich stark ist.

Entwicklungsschwerpunkt

Kultur [ES 13].

4 Ausgangslage

Die Mobilität verknüpft die Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen. Immer weniger Personen in Graubünden arbeiten und verbringen ihre Freizeit dort, wo sie auch wohnen. Sowohl der Pendlerverkehr als auch der Freizeitverkehr weisen nach wie vor ein grosses Wachstum auf.

Strategische Absicht

Bessere Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger und Einsatz der effizientesten Verkehrsmittel, um die grossräumige Erreichbarkeit Graubündens von den Ballungszentren zu verbessern und leistungsfähige Verbindungen innerhalb des Kantons zu sichern.

Entwicklungsschwerpunkt

Mobilität [ES 17].

5 Ausgangslage

Im Jahre 1956 stimmte das Bündner Stimmvolk dem Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich zu. Damit wurde das frühere Regime der Defizitübernahme durch den Kanton abgelöst durch einen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden und Beitragsleistungen des Kantons. Das System wurde laufend den Gegebenheiten angepasst. Dennoch entspricht es nicht mehr den heutigen Bedürfnissen, ist wenig transparent und in mehreren Bereichen nicht konform mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA). Im Nachgang zur Umsetzung der NFA zwischen Bund und Kanton soll deshalb auch der interkommunale Finanzausgleich durch eine Bündner NFA auf eine neue Basis gestellt werden.

Strategische Absicht

Die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Steuerbelastung zwischen den Gemeinden werden verringert und der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinden erhöht. Die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden werden situationsgerecht nach den Grundsätzen der Subsidiarität und fiskalischen Äquivalenz entflochten und die verbleibenden Verbundaufgaben stufengerecht erfüllt und leistungsorientiert entschädigt.

Entwicklungsschwerpunkt

Bündner NFA – Neukonzeption Finanzausgleich [ES 28].

Leitsatz B

„Gesellschaftliche Folgen der demografischen Entwicklung meistern“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

Veränderte Altersstrukturen und Verhaltensweisen erfordern neue Ausrichtungen in Bildung und Kultur, im öffentlichen Verkehr wie auch Altern in Gesundheit und gesünder leben. Die demografische Alterung eröffnet neue Märkte. Staatliche Angebote unterstützen dabei eigenverantwortliches Handeln. Die stärkere Integration ausländischer Bevölkerungsteile, die wirksame Bekämpfung jeglicher Formen von Gewaltbereitschaft und Gewalt sowie die gezielte Förderung sozial Schwacher schaffen Sicherheit im Zusammenleben.

6 Ausgangslage

Übergewicht, Bewegungsmangel, Suchterkrankungen und Zivilisationskrankheiten breiten sich immer mehr aus. Gleichzeitig erhöht die demografische Entwicklung die „Seniorenquote“. Die Nachfrage nach speziellen Angeboten zur Pflege und Betreuung von an Demenz erkrankten Personen steigt. Folge davon sind erhebliche Auswirkungen auf die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich. Diese soll mit der Intensivierung von Massnahmen in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung gedämpft werden.

Strategische Absicht

Eine umfassende Prävention und Gesundheitsförderung erhöht die Lebensqualität und kann den Kostenanstieg im Gesundheitswesen dämpfen. Die Gemeinden werden durch eine kompetente Beratung angeleitet zur Realisierung eines bedarfsgerechten Angebotes für Personen, welche spezielle Pflege und Betreuung benötigen.

Entwicklungsschwerpunkt

Prävention und Gesundheit [ES 14].

7 Ausgangslage

Im Bereich der vorschulischen und obligatorischen Bildung stimmen die Betreuungsformen und Stundenpläne nicht mehr mit den Bedürfnissen erwerbstätiger Elternteile überein. Die Lehrpläne der einzelnen Schulstufen müssen diesen Herausforderungen gerecht werden. Zudem hat es sich bei allen Stärken des schweizerischen Schulföderalismus immer wieder als nachteilig erwiesen, dass im Bereich der obligatorischen Schule keine gesamtschweizerischen Minimalstandards festgelegt sind und es keine regelmässigen gesamtschweizerischen Schulleistungsuntersuchungen gibt. Weitere politische Vorgaben wie beispielsweise der Familienbericht, der Beitritt zu verschiedenen Vereinbarungen sowie der neue Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen erfordern eine Neuausrichtung und Anpassung der kantonalen Gesetzgebung.

Strategische Absicht

Die Bildungspolitik im obligatorischen Bereich stellt sich flexibel und effizient auf gesellschaftliche und soziale Veränderungen ein. Sie erfüllt nationale und internationale Standards.

Entwicklungsschwerpunkt

Schule Graubünden [ES 8].

8 Ausgangslage

In den letzten Jahren hatte eine zunehmende Zahl von Jugendlichen Schwierigkeiten bei der Integration in den Berufs- und Arbeitsmarkt. Eine besondere Problematik ergibt sich im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel und den damit einhergehenden gestiegenen Anforderungen der Wirtschaft an die Auszubildenden. Für Schülerinnen und Schüler mit schulischen, sozialen und sprachlichen Schwierigkeiten wird es zunehmend schwieriger, einen beruflichen oder schulischen Ausbildungsplatz zu finden. Für Jugendliche, die den Einstieg in eine Ausbildung nicht schaffen, besteht ein erhöhtes Risiko von Arbeitslosigkeit und damit von Abhängigkeit vom Sozialsystem.

Strategische Absicht

Die Integration von schulisch und sozial schwächeren Jugendlichen in die Berufswelt wird durch die gezielte Unterstützung erleichtert und gestärkt. Eigenverantwortliches Handeln wird gefördert und erleichtert die Integration in die Gesellschaft.

Entwicklungsschwerpunkt

Lehrstellen [ES 9].

9 Ausgangslage

Aufgrund der anhaltenden Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt besteht für verschiedene Bevölkerungsgruppen die Gefahr, aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert zu werden. Ebenso problematisch gestaltet sich die Wiedereingliederung in eine Erwerbstätigkeit. Davon sind namentlich wenig qualifizierte Erwerbstätige, Langzeitarbeitslose, ausgesteuerte Arbeitslose mit ihren Familien sowie überproportional Frauen, namentlich allein erziehende, betroffen. Personen, die ihren Lebensbedarf nicht aus eigener Erwerbstätigkeit decken können, sind auf den Schutz durch die Einrichtungen der sozialen Absicherung angewiesen. Zu diesen zählen die Sozialhilfe und die Versicherung für Arbeitslosigkeit und Invalidität. Diese Einrichtungen verfügen genauso wie die Berufsbildung über Programme und Massnahmen, welche die Erwerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Autonomie der Betroffenen fördern.

Strategische Absicht

Zielgruppenspezifische Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration sind zu fördern, um eine dauerhafte Berentung durch die IV oder eine langfristige Sozialhilfeabhängigkeit zu vermeiden. Der rasche Zugang zu einer Erwerbstätigkeit wird mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Institutionen unterstützt.

Entwicklungsschwerpunkt

Integration - Erwerbsprozess [ES 15].

10 Ausgangslage

Die Integration der Migrationsbevölkerung ist von zentraler Bedeutung. Zugewanderte sollten vergleichbare Chancen bezüglich Arbeitsmarkt, Bildung und soziale Sicherheit aufweisen wie Schweizerinnen und Schweizer, die sich in der gleichen ökonomischen, sozialen und familiären Situation befinden. Eine schwierige sozioökonomische Lage und Bildungsferne sind die wichtigsten Ursachen für Integrationsprobleme. Sprachkenntnisse, Aus- und Weiterbildung sowie Zugang zu einer Erwerbstätigkeit sind die wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Integration. Dies ist aber nur möglich, wenn der Wille zur Integration bei den ausländischen Personen vorhanden ist. Eine erfolgreiche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung beeinflusst das Wirtschaftswachstum und die öffentliche Sicherheit positiv und führt zu einem steigenden Steueraufkommen sowie zu geringeren Kosten im Sozialsystem.

Strategische Absicht

Die Bemühungen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung werden nach dem Grundsatz „fordern und fördern“ schwergewichtig auf die Bereiche Sprache, Schule, Berufsbildung und Arbeitsmarkt ausgerichtet.

Entwicklungsschwerpunkt

Integration - Ausländische Wohnbevölkerung [ES 16].

Leitsatz C

„Durch attraktive regionale Angebote in der Konkurrenz mit den Zentren bestehen“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

Als periphere, von Entvölkerung bedrohte Region kann der Kanton Graubünden im harten Konkurrenzdruck gegenüber Zentren und Agglomerationen nur bestehen, wenn er seine Gebietsstrukturen strafft, die Erreichbarkeit des Kantons und seiner Täler weiter verbessert und geeignete Standorte für Tourismus, Gewerbe und Industrie ausbaut oder neu schafft. Eine intakte Verkehrsinfrastruktur mit leistungsfähiger nationaler und internationaler Anbindung ist von grösster Bedeutung. Der Verbleib, die Rückkehr und der Zuzug nach Graubünden sollen für gut ausgebildete Berufsleute erstrebenswert gemacht werden.

11 Ausgangslage

Die Reform der Gemeinden ist ein zentraler Aspekt der Bündner NFA. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen sowie strategische Weichenstellungen in der Bundes- und in der Kantonalpolitik beeinflussen die Aufgabenerfüllung auf Gemeindeebene. Insbesondere kleinere Gemeinden geraten angesichts der Komplexität der Aufgaben zusehends an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Zusammenschlüsse von Gemeinden ermöglichen eine nachhaltige Optimierung der Dienstleistungen und den effizienten Einsatz der immer knapper werdenden Mittel.

Strategische Absicht

Gemeinde-Strukturreformen werden mittels positiven und negativen Anreizen gefördert. Beitragsleistungen, welche die Strukturhaltung der Kleingemeinden fördern, werden reduziert. Demgegenüber werden Gemeinde-Strukturreform-Projekte grosszügig unterstützt.

Entwicklungsschwerpunkt

Bündner NFA - Gemeindestrukturen [ES 2].

12 Ausgangslage

Mit der Neuen Regionalpolitik will der Bund die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Tätigkeiten in Berg-, Rand- und Grenzregionen stärken. Ausgangspunkt für die konkrete Umsetzung der Regionalpolitik ist das Mehrjahresprogramm des Bundes 2008-2015. Darauf gestützt formulierten die Kantone ihre räumlichen und thematischen Schwerpunkte und Ziele in kantonale „Umsetzungsprogramme“. Zur Schaffung von Wirtschaftswachstum im Kanton Graubünden sind aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte sowie landschaftlicher und gesellschaftlicher Voraussetzungen in erster Linie die Wachstumsbeiträge der Exportbranchen von Bedeutung. Es sind die eigentlichen „Motoren“ oder „Impulsgeber“.

Strategische Absicht

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Förderung von Strukturwandel und Innovation in den bedeutenden Wirtschaftszweigen „Tourismusexporte“ sowie „Industrie- und Dienstleistungsexporte“.

Entwicklungsschwerpunkt

Neue Regionalpolitik [ES 23].

13 Ausgangslage

Die Verkehrsinfrastrukturpolitik gewährleistet die Mobilität der Bevölkerung und Wirtschaft im Rahmen der verfügbaren Mittel und minimiert die daraus resultierenden Belastungen für Mensch und Umwelt. Dabei sind für Graubünden drei spezielle Faktoren zu berücksichtigen: Der hohe Anteil des Tourismusverkehrs, die Besonderheit aufgrund der peripheren Lage des Kantons zur übrigen Schweiz und die Schwierigkeiten, die sich aus den topografischen Gegebenheiten und den damit verbundenen Naturgefahren für die Verkehrsträger im Berggebiet ergeben.

Strategische Absicht

Die Bereitstellung leistungsfähiger Strassen- und Schienennetze für den Privatverkehr und den öffentlichen Verkehr sowie die gegenseitige optimale Abstimmung der Verkehrsträger verbessern die Erreichbarkeit des Kantons und seiner Täler und tragen zur erhöhten Standortattraktivität bei.

Entwicklungsschwerpunkt

Verkehrsträger [ES 18].

14 Ausgangslage

Der Innovationswettbewerb wird immer intensiver. Gleichzeitig hängt die Überlebensfähigkeit von Unternehmen wesentlich von deren Innovationskraft ab. Eine wichtige Rolle spielt der rasche und permanente Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis, wobei dieser in einer alpinen und peripher gelegenen Region besonders anspruchsvoll ist. Mit einer Studie sollen deshalb Massnahmen zur Verbesserung des Wissenstransfers unterbreitet werden. Die Möglichkeit der laufenden Weiterbildung und ein entsprechendes Weiterbildungsangebot für die Wirtschaft sind weitere wichtige Voraussetzungen dafür.

Strategische Absicht

Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird als wichtiger Beitrag an Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten in Unternehmen sowie zur Erhaltung der Arbeitsvielfalt intensiviert und gefördert.

Entwicklungsschwerpunkt

Wissenstransfer [ES 10].

Leitsatz D

„Den Staat weniger bürokratisch und die Verwaltung elektronisch fit machen“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

Der Staat ist kein privates Unternehmen, aber er kann seine Leistungen mit der gleichen Effizienz und Flexibilität wie ein solches erbringen. Zu diesem Zweck setzt er moderne Instrumente der Verwaltungsführung und der Kundenfreundlichkeit sowie elektronische Mittel zur Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung, zur Verbesserung der Kommunikation und zur Schaffung von Transparenz in der staatlichen Tätigkeit konsequent ein. Die Regierung sorgt für eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe und koordiniert die Bewilligungsverfahren. Der Grosse Rat nimmt sich einer schlanken Gesetzgebung an. Der Staat sichert die Chancengleichheit innerhalb der Verwaltung.

15 Ausgangslage

Das Bedürfnis nach einem einfachen und kundenfreundlichen Zugang zu den Behörden über das Internet steigt. Ziel von E-Government ist es, die Verwaltungstätigkeit dank des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien bürgernah, effizient und wirtschaftlich zu gestalten. Die Realisierung von Dienstleistungen mit einem hohen Nutzen für die Wirtschaft und die Bevölkerung setzt ein koordiniertes Vorgehen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden voraus. Dafür hat der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine Strategie für die Jahre 2007-2010 erarbeitet und verabschiedet. Ziel ist es, die E-Government-Strategie Schweiz koordiniert zu verwirklichen. Erreicht wird dies insbesondere durch die Mehrfachnutzung von Daten und Leistungen, die Einhaltung von Standards für den Datenaustausch, die Beachtung von Daten- und Informationssicherheit und durch die frühzeitige Evaluierung des Rechtsetzungsbedarfs.

Strategische Absicht

Bereitstellung kundenfreundlicher E-Government-Angebote durch den Einsatz standardisierter Produkte, die Koordination mit den priorisierten Vorhaben des Bundes und den Einbezug der Gemeinden in die kantonalen Angebote; Technische Optimierung der Führungs- und Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in der Verwaltung und unter Behörden weitgehend elektronisch zu gestalten.

Entwicklungsschwerpunkt

E-Government [ES 3].

16 Ausgangslage

Die Arbeiten zur Vereinheitlichung des Zivil- und Strafprozessrechts werden gemäss Plan im Jahr 2008 abgeschlossen. Für die Gerichtsorganisation bleiben die Kantone zuständig. Das Inkrafttreten der schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) beziehungsweise Zivilprozessordnung (ZPO) erfolgt voraussichtlich auf den 1. Januar 2010. Bis dann müssen die Kantone ihr Recht anpassen. Die Anpassungen umfassen insbesondere die Festlegung der Zuständigkeiten und den Erlass der Ausführungsbestimmungen. Die zwingenden Vorgaben des Bundesrechts führen bei den Kreisämtern zu einer geringeren Auslastung und erheblichen Einnahmeausfällen. Strukturelle Schwächen der Bezirksgerichte erschweren einen effizienten und kundenfreundlichen Betrieb. Nur bei einem der elf Bezirksgerichte ist die permanente Erreichbarkeit durch eine vollamtliche Stellvertretung bei Präsidium und Kanzlei gewährleistet.

Strategische Absicht

Die Umsetzung des Bundesrechts soll als Gelegenheit genutzt werden, um mittels Änderung der Zuständigkeiten bei der Strafverfolgung und der richterlichen Beurteilung sowie mittels Strukturreformen bei den erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichten eine wirksame und schlanke Organisation mit klaren territorialen Strukturen und optimalen Verfahrensabläufen ohne Doppelspurigkeiten zu erreichen.

Entwicklungsschwerpunkt

Gerichte [ES 7].

17 Ausgangslage

Bei der Ansiedlung von Unternehmungen wie auch beim Ausbau bestehender Unternehmungen herrscht ein zunehmender globaler Standortwettbewerb. Bei der Wahl eines Standortes sind für Investoren eine kompetente und kundenfreundliche Verwaltung sowie rasche Entscheide wichtige Erfolgsfaktoren. Gleichzeitig werden massgeschneiderte und auf die Bedürfnisse der Kunden ausgearbeitete Lösungen erwartet. Die Realisierbarkeit von Vorhaben ist zu erleichtern, Verfahren sind zu verkürzen und die Dienstleistungen gegenüber den Kunden zu verbessern. Es ist künftig zu verhindern, dass ein Unternehmer bei Abklärungen verschiedene Dienststellen kontaktieren muss.

Strategische Absicht

Durch eine kompetente und kundenfreundliche Beratung in Ansiedlungs- und Investitionsfragen unter Einbezug von Steuerfragen wird die Dienstleistungsqualität in der Verwaltung erhöht. Anzustreben sind einfache, informelle Verfahren, welche das nachhaltige Interesse potenzieller Investoren wecken und deren Begleitung im Investitionsprozess ermöglichen.

Entwicklungsschwerpunkt

Bewilligungen [ES 4].

18 Ausgangslage

Der kantonale Verwaltung als grösste Arbeitgeberin im Kanton kommt in Bezug auf Chancengleichheit Vorbildfunktion zu. Dazu gehört auch, dass die personelle Zusammensetzung betreffend Geschlecht möglichst ausgeglichen sein sollte. Die Verwaltung hat einen tiefen Frauenanteil, besonders im Kader. Hier beträgt er lediglich 11 %, in der gesamten Verwaltung liegt dieser bei 23 %. Mit der neuen Personalstrategie werden Massnahmen vorgeschlagen, welche die Rahmenbedingungen für Eltern im Arbeitsprozess und die Nachwuchsförderung verbessern. Damit lassen sich vermehrt auch gut ausgebildete Frauen ansprechen. Angesichts der demografischen Entwicklung und dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ist es wichtig, dass die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin gerade auch von den Frauen wahrgenommen wird.

Strategische Absicht

Die kantonale Verwaltung positioniert sich als attraktive Arbeitgeberin mit einem positiven Image. Dabei soll das Potenzial gut ausgebildeter Frauen insbesondere für Kaderpositionen ausgeschöpft werden.

Entwicklungsschwerpunkt

Chancengleichheit [ES 5].

19 Ausgangslage

Verstreut über den ganzen Kanton liegen die eigenen und gemieteten Immobilien des Kantons, in welchen die Verwaltung vielfach heterogen und nicht nutzungsgerecht untergebracht ist. Die Bewirtschaftung der rund 740 kantonseigenen Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von rund 720 Millionen Franken und der rund 300 gemieteten Objekte ist aufwändig und kostenintensiv. Die Raumnutzung in kleinen Verwaltungseinheiten ist ineffizient und bietet weder Spielraum für Flexibilität bei Veränderungen noch für die Nutzung von Synergien. Zudem erschweren die zahlreichen Standorte die Zusammenarbeit in und zwischen den Dienststellen. Der Bevölkerung präsentiert sich eine uneinheitliche Verwaltung.

Strategische Absicht

Die räumliche Zusammenfassung der einzelnen heterogen platzierten Verwaltungseinheiten und die Konzentration zu regionalen Subzentren schafft die Grundlage für Synergienutzung, Flexibilität, verbesserte Zusammenarbeit, Energieeffizienz und erhöhten Kundennutzen. Die Optimierung des Immobilienportfolios führt zu einer nachhaltigen Senkung der Raumkosten.

Entwicklungsschwerpunkt

Immobilien [ES 6].

Leitsatz E

„Sich im wirtschaftlichen Wettbewerb auf eigene Stärken konzentrieren“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

In einer globalisierten Wirtschaft, in der die Metropolen den Takt angeben, ist der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und der Pflege und Entwicklung eigener Stärken hohe Priorität einzuräumen. Standortmarketing, Sondernutzungsräume, Anlässe mit grosser Ausstrahlung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen von hoher Qualität, attraktives Steuerklima, die Verminderung der einseitigen Abhängigkeit von Wirtschaftszweigen und der Umbau der Tourismusstrukturen sind Schlüsselfaktoren der Behauptung im wirtschaftlichen Wettbewerb. Starke Marktpositionen in anderen Branchen müssen konsequent ausgebaut werden. Innovation und private Eigeninitiative sind der Schlüssel zum Erfolg und Voraussetzungen für die staatliche Wirtschaftsförderung.

20 Ausgangslage

Das Gesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) wird die Hochschullandschaft Schweiz stark beeinflussen und Auswirkungen auf den Hochschulstandort Graubünden haben. Um weiterhin Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit einer grossen regionalen, kantonalen und internationalen Ausstrahlung beheimaten zu können, sind die entsprechenden kantonalen Rahmenbedingungen anzupassen oder zu schaffen. Die Globalisierung der Wirtschaft mit den grossen Agglomerationen als Taktgeber führt dazu, dass in den Regionen besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Der Zugang zu den Bibliothekssystemen ist heute nicht optimal organisiert. Um für Unternehmen als attraktiver Standort wahrgenommen zu werden, muss das Ausbildungsangebot im Bereich der Hochschulen ausgebaut, mindestens jedoch gehalten werden. Dabei bietet die Wissensgesellschaft grosse Chancen. Einerseits für die Wirtschaft, die bei entsprechender Positionierung Standortvorteile bei der Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien erreichen kann. Andererseits für den Bildungs- und Ausbildungsbereich, der mit einem gut ausgebauten Angebot die auf dem Markt benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen kann. Für die ländlichen und peripheren Räume stellt diese Konstellation eine besondere Herausforderung dar.

Strategische Absicht

Für den Arbeitsmarkt gut qualifizierte Arbeitskräfte bereitstellen, Graubünden als Hochschulstandort erhalten und anspruchsvolle Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Einen einfachen und benutzerfreundlichen Zugang zu den Bibliothekssystemen durch Optimierungsmassnahmen schaffen.

Entwicklungsschwerpunkte

Bildung und Forschung [ES 11].

Wissensgesellschaft [ES 12].

21 Ausgangslage

Im Zusammenhang mit den Themen „Wirtschaftswachstum“, „Umgang mit ungenutzten Potenzialen in potenzialarmen Räumen“ und „regionale Wirtschaftsentwicklung“ wird häufig von der Notwendigkeit von grösstmöglichen Handlungsspielräumen für die wirtschaftliche Entwicklung von Talschaften/Regionen gesprochen. Darunter fallen auch „Sondernutzungsräume“, welche ein spezifisches Potenzial in einem definierten Raum betreffen. Bis heute fehlen die Grundlagen für die Realisierung solcher Räume. Die rechtliche Machbarkeit, die konkrete Umsetzbarkeit und deren Nutzen sind zu prüfen. Für die Umsetzung sind die notwendigen Grundlagen zu erarbeiten und der Gesetzgebungsbedarf zu evaluieren. Zu beheben sind insbesondere auch die Verfahren und Entscheidmechanismen, welche die wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Räumen behindern.

Strategische Absicht

Die wirtschaftliche Entwicklung wird in geeigneten Regionen und Talschaften durch die Nutzung spezifischer Potenziale, schlanke Verfahren und rasche Entscheidmechanismen gezielt gefördert.

Entwicklungsschwerpunkt

Sondernutzungsräume [ES 24].

22 Ausgangslage

Mit der letzten Teilrevision des Steuergesetzes konnte die Gewinnsteuer massiv reduziert und die Sonderabgabe auf dem Vermögen und dem Kapital gestrichen werden. Aufgrund des intensiven Steuerwettbewerbs unter den Kantonen läuft der Kanton Graubünden Gefahr, erneut an Konkurrenzfähigkeit einzubüssen.

Strategische Absicht

Der Kanton Graubünden bleibt im nationalen Steuerwettbewerb konkurrenzfähig. Durch steuerliche Massnahmen wird ein attraktives Umfeld geschaffen, das den Wirtschaftsstandort Graubünden stärkt.

Entwicklungsschwerpunkt Steuern [ES 25].

23 Ausgangslage

Seit längerer Zeit kann im Kanton Graubünden eine fehlende Wachstumsdynamik festgestellt werden. Seit Mitte der 90er Jahre fallen die Wachstumsraten der Bündner Volkswirtschaft gegenüber der Schweiz unterdurchschnittlich aus. Auch in der jüngsten Vergangenheit entwickelte sich das Bruttoinlandprodukt unterdurchschnittlich. In den Jahren 2000-2005 wuchs die Wirtschaft im Kanton Graubünden jährlich um durchschnittlich 0.7%, während gesamtschweizerisch ein Wirtschaftswachstum von 1.1% zu verzeichnen war. Unter den heutigen Voraussetzungen wird der Bündner Volkswirtschaft ein jährliches Wachstum von rund 1.2% bis in das Jahr 2020 prognostiziert. Dieses Wachstum wird nicht ausreichen, um den Bevölkerungsstand halten und die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen meistern zu können. Dazu wäre ein wirtschaftliches Wachstum von über 2% pro Jahr notwendig. Mit der Konzentration auf die eigenen Stärken sind ergänzend zur Realisierung von Massnahmen aus anderen Entwicklungsschwerpunkten zusätzliche Impulse für eine positive Wirtschaftsentwicklung zu geben.

Strategische Absicht

Das Wirtschaftswachstum ist mit neuen Impulsen zur Generierung von mehr Wertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftszweigen zu fördern. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung im Kanton Graubünden soll positiv beeinflusst werden durch

- die Förderung von Grossveranstaltungen,
- die Schaffung qualitativ hochstehender Angebote im Gesundheitswesen insbesondere um ausserkantonale und ausländische Patientinnen und Patienten anzuziehen,
- die Nutzung nicht ausgeschöpfter Wachstumspotenziale in Wald- und Holzwirtschaft,
- die Bündelung der Aktivitäten im Bereich Vermarktung von Produkten aus der Land- und Ernährungswirtschaft zur Steigerung der Wertschöpfung in der Landwirtschaft.

Entwicklungsschwerpunkt Wirtschaftswachstum [ES 26].

- Grossveranstaltungen.
- Med-Tourismus.
- Holzwirtschaft.
- Landwirtschaft.

Leitsatz F

„Dem Klimawandel aktiv begegnen“

Übergeordnete
politische Ziele und
Leitsätze

Obwohl die Erwärmung der Atmosphäre, extreme Wetterlagen und als Folge davon Schadenereignisse auf grossräumige Zusammenhänge zurückzuführen sind, muss dem Klimawandel mit einer aktiven Haltung auf regionaler und lokaler Ebene begegnet werden. Schutzvorkehrungen gegen überbordende Naturgewalten und die Verminderung der Luftschadstoffe sind das eine, die angepasste Nutzung klimaveränderter Gebiete das andere. Namentlich der Tourismus kann mit veränderten Angeboten auf den Klimawandel eingehen. Wasser als eines der kostbarsten Güter im Wasserschloss Alpen ist nachhaltig zu bewirtschaften. Der autonomen Bestimmung über die Ressource stehen der verantwortungsvolle Umgang und die länderübergreifende Koordination der verschiedenen Nutzungen gegenüber.

24 Ausgangslage

Als Folge der globalen Erwärmung zeigen Klimamodelle, dass sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität extremer Wetterereignisse mit grosser Wahrscheinlichkeit zunehmen. Als Alpenkanton weist Graubünden eine grosse Anfälligkeit für Schäden aus Extremereignissen auf. Insbesondere niederschlagsbedingte Ereignisse als Folge der Kombination von höheren Spitzen und längerer Dauer erhöhen das Potenzial von Hochwasser, Hangrutschungen und Murgängen.

Strategische Absicht

Der Lebensraum wird durch die Anpassung bestehender Schutz- und Vorsorgemassnahmen nachhaltig gesichert. Eine gut ausgebaute Frühwarnung erhöht den Schutz vor Naturkatastrophen.

Entwicklungsschwerpunkt

Klimawandel [ES 19].

25 Ausgangslage

Der Lebensstandard hängt entscheidend von der Energieversorgung ab: Wohlstand braucht Energie. Kehrseite der Medaille sind Umweltprobleme. Besonders der Klimawandel wird immer mehr zur Gewissheit, eine energie- und CO₂-sparende Gesellschaft sind die Grundpfeiler einer künftig nachhaltigeren Energieversorgung.

Strategische Absicht

Die bestehenden Effizienz- und Substitutionspotenziale sind verstärkt zu nutzen. Prioritär anzugehen sind die Erhöhung des ökologisch verantwortbaren Ausbaus der Stromproduktion aus Wasserkraft unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit. Ebenso ist die Erneuerung bestehender Bauten zu fördern.

Entwicklungsschwerpunkt

Energieeffizienz [ES 20].

26 Ausgangslage

Der nachweislich durch den Menschen verursachte Klimawandel ist Realität und beeinflusst den Wasserhaushalt in den Alpen. Erwartet werden Veränderungen mit Bezug auf die Niederschlagsmenge, die Niederschlagshäufigkeit und das saisonale Aufkommen. Die Anzahl extremer Niederschlagsereignisse mit katastrophalen Folgen sowie intensive Trockenperioden haben zugenommen. Der Kanton verfolgt seit Jahren die Abflussmengen in Flüssen und registriert die Resultate. Mit geringem Aufwand können die Abflussmessungen auch zu Hochwasserwarnungen ausgebaut werden. Bei Trockenperioden kann das Wasser knapp werden und diverse Bedürfnisse und Nutzungen gefährden. Dazu gehören der Bedarf an Trinkwasser, für die Bewässerung sowie die Sicherstellung genügender Restwassermengen für das Überleben der Flussfauna.

Strategische Absicht

Wasser als eines der kostbarsten Güter ist nachhaltig und koordiniert zu bewirtschaften. Wasserentnahmen und Abflussmengen sind im Interesse der Nutzung und der Gefahrenprävention zu kontrollieren.

Entwicklungsschwerpunkt

Wasser [ES 21].

27 Ausgangslage

Die Zusammenhänge zwischen Schutzmassnahmen für die Umwelt und Innovationen sind komplex und nicht immer eindeutig zu beschreiben. Sicher ist jedoch, dass Schutzmassnahmen für die Umwelt mittels entsprechender Vorgaben das innovative Verhalten und den Einsatz von umweltverträglichen Technologien, Prozessen und Organisationsformen fördern. Dies gilt insbesondere für marktwirtschaftliche Instrumente, die nicht bestimmte Technologien vorschreiben, sondern durch ökonomische Anreize umweltschützendes Verhalten verbessern oder belohnen.

Strategische Absicht

Mit der Förderung des lokalen und regionalen Einsatzes von Technologien zum Schutz der Umwelt sind die Auswirkungen einer die Umwelt belastenden Verhaltens- und Lebensweise der Gesellschaft zu reduzieren.

Entwicklungsschwerpunkt

Umweltschutztechnologien [ES 27].

B. Entwicklungsschwerpunkte, Massnahmen und Finanzen

Die folgenden Entwicklungsschwerpunkte und Massnahmen konkretisieren die strategischen Absichten. Die Massnahmen zeigen, wie die Strategien realisiert werden sollen. Die Verwirklichung der Massnahmen löst in der Regel Bedarf an finanziellen Mitteln aus, teilweise können die Massnahmen jedoch kostenneutral durch Umlagerung von Ressourcen finanziert werden.

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|---|--|------------------------------|-----------------------------------|-------|-------|-------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| 0: Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen | | | | | | | |
| [1/01] Aussenbeziehungen | <ul style="list-style-type: none"> - Flexibilisierung der Zusammenarbeit im Bereich Aussenbeziehungen. - Konzentration auf Institutionen und Räume mit Bezug zu Fragen der Alpen- und Berggebietspolitik. - Verstärkte Imagepflege bei der Gestaltung der Aussenbeziehungen. | 220 | 340 | 250 | 250 | 250 | 210 |
| [2/11] Bündner NFA - Gemeindestrukturen | <ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Gemeindereformen und Fusionsprojekten.¹ | 7'000 | 9'000 | 9'000 | 9'000 | 7'000 | 6'000 |
| [3/15] E-Government | <ul style="list-style-type: none"> - Kundenorientierter Ausbau des Angebots. - Effizienzgewinn durch Einsatz standardisierter Produkte und Zusammenarbeit im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz. - Bündelung der Ressourcen durch Schaffung gemeinsamer Plattformen und Lösungen mit den Gemeinden. - Elektronische Gestaltung der Zusammenarbeit in der Verwaltung und unter Behörden. | 282 | 450 | 450 | 450 | 450 | 672 |
| [4/17] Bewilligungen | <ul style="list-style-type: none"> - Realisierung „One Stop Shop“. - Koordination Verfahren. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| [5/18] Chancengleichheit | <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung des Frauenanteils, besonders im Kader. - Einführung des Gleichstellungs-Controllings. | 10 | 20 | 20 | 25 | 25 | 50 |

¹ Der Kanton leistet Förderbeiträge an Gemeindezusammenschlüsse. Diese werden zum Teil über das innovative Projekt Gemeindereform finanziert und teilweise über den Finanzausgleichsfonds bzw. über Eigenkapital, das für die Umsetzung der Bündner NFA vorgesehen ist.

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|--|---|------------------------------|-----------------------------------|-------|-------|--------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| [6/19] Immobilien | - Zentralisierung und Zusammenführen von Verwaltungseinheiten ¹ . | 250 | 850 | 900 | 3'300 | 13'700 | 17'750 |
| 1: Sicherheit | | | | | | | |
| [7/16] Gerichte | - Umsetzung schweizerische Strafprozessordnung mit Strukturreformen Strafrechtspflege. - Umsetzung schweizerische Zivilprozessordnung mit Strukturreformen Zivilrechtspflege. - Überprüfung Bezirkseinteilung. | 2'200 | 2'350 | 3'000 | 3'300 | 3'600 | 3'450 |
| 2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft | | | | | | | |
| [8/07] Schule Graubünden | - Totalrevision des Schulgesetzes und Integration des Kindergartengesetzes sowie des Sonderschulteils aus dem Behindertengesetz. ² | 250 | 250 | 120 | 0 | 0 | -630 |
| [9/08] Lehrstellen | - Individuelle Begleitung der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche und während der beruflichen Grundausbildung. | 250 | 247 | 247 | 247 | 247 | -12 |
| [10/14] Wissenstransfer | - Bericht zur Arbeitsvielfalt und zum Wissenstransfer in Graubünden. - Umsetzung der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen. | 0 | 50 | 100 | 50 | 50 | 250 |
| [11/20] Bildung und Forschung | - Einführung kantonales Hochschul- und Forschungsförderungsgesetz. - Hochschul- und Forschungsstandort Graubünden schweizweit etablieren. | 0 | 15 | 45 | 30 | 0 | 90 |
| [12/20] Wissensgesellschaft | - Einführung Medieningenieurwesen an der HTW. - Master of Science und Master of Arts (konsekutive Masterausbildung) an der HTW etablieren. - Die wissenschaftlichen Bibliotheken präsentieren sich als ein System mit hoher Qualität. - Gezielte Förderung von jungen Bündner Forschenden. | 0 | 975 | 1'390 | 1'805 | 1'910 | 6'080 |

¹ Die massive Zunahme der Ausgaben im Bereich Immobilien ab dem Jahr 2011 ist auf die Planungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau eines Verwaltungszentrums zurückzuführen. In der Investitionsrechnung sind für die Realisierung dieses Neubaus 10 Mio. Fr. berücksichtigt. Insgesamt ist ein Investitionsvolumen von rund 73 Mio. Fr. vorgesehen. Die Hauptinvestitionen bei Realisierung des Vorhabens würden in den Jahren 2013 (27.4 Mio. Fr.) und 2014 (35.6 Mio. Fr.) anfallen.

² Der Finanzbedarf für den ES Schule Graubünden betrifft ausschliesslich die Erarbeitung von Grundkonzepten. Deren Umsetzung generiert je nach Ausgestaltung einen weiteren Finanzbedarf von mehreren Millionen Franken.

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|---|--|------------------------------|-----------------------------------|-------|-------|-------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| 3: Kultur, Sprache und Sport | | | | | | | |
| [13/03] Kultur | <ul style="list-style-type: none"> - Aufwertung des Bündner Kunstmuseums durch einheimische Architektur der Weltklasse.¹ - Erstellung eines gesamtkantonalen Museumskonzeptes. - Innovative Vermittlungs- und Sammlungsformen erproben. - Konsolidierung von „graubündenKULTUR“ und gezielte Ausweitung der Marketing-Massnahmen. - Konzentration des Depotplatzes und Datenbanken zeitgemäss aufbereiten. | 100 | 1'100 | 1'400 | 1'000 | 2'850 | 5'950 |
| 4: Gesundheit | | | | | | | |
| [14/06] Prävention und Gesundheit | <ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung und Konkretisierung des Altersleitbildes. - Programm für präventive Hausbesuche. - Aktionsprogramm gesundes Körpergewicht. | 170 | 900 | 500 | 500 | 500 | 1'720 |
| 5: Soziale Sicherheit | | | | | | | |
| [15/09] Integration – Erwerbsprozess | <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit. - Integration von Jugendlichen mit schulischen, sozialen und sprachlichen Schwierigkeiten in die Berufsbildung - Case Management Berufsbildung. - Verbesserung der Integrationschancen für Personen mit Behinderungen. | 631 | 696 | 763 | 831 | 899 | 665 |
| [16/10] Integration – Ausländische Wohnbevölkerung. | <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten eines Integrationskonzeptes für den Kanton Graubünden. - Gezielte Finanzierung von Integrationsmassnahmen. - Anreize und Sanktionen. | 0 | 300 | 500 | 500 | 500 | 1'800 |

¹ Im Jahr 2012 ist eine Investition in der Höhe von 2 Mio. Fr. (erste Tranche) zur baulichen Erweiterung des Bündner Kunstmuseums geplant.

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|---|--|------------------------------|-----------------------------------|---------|---------|---------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| 6: Verkehr | | | | | | | |
| [17/04] Mobilität | - Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. | 40'350 | 41'600 | 42'800 | 43'000 | 43'000 | 9'000 |
| | - Förderung Gütertransporte per Bahn. | 1'250 | 1'250 | 1'250 | 1'250 | 1'250 | 0 |
| | - Planung neuer Verkehrsverbindungen. - Förderung des Langsamverkehrs. | 700 | 750 | 800 | 1'050 | 1'150 | 950 |
| [18/13] Verkehrsträger | - Sicherheit und Unterhalt der Bahn-Infrastrukturen gewährleisten. | 13'000 | 14'000 | 15'000 | 16'000 | 17'000 | 10'000 |
| | - Verkehrsangebot bedarfsgerecht gestalten sowie Erneuerung Rollmaterial RhB und MGB. | | | | | | |
| | - Verkehrsangebot volkswirtschaftlich optimieren und Schutz vor negativen Auswirkungen des Verkehrs. - Fertigstellung Nationalstrassen. - Aus- und Neubau der Kantonsstrassen. - Instandstellung der Kantonsstrassen. | 182'485 | 213'000 | 215'000 | 226'000 | 220'000 | 144'060 |
| 7: Umwelt und Raumordnung | | | | | | | |
| [19/24] Klimawandel | - Gefahren- und Risikobeurteilung für exponiertes Schadenpotential gegenüber Klimaänderung. | 0 | 1'330 | 1'290 | 1'180 | 1'180 | 4'980 |
| | - Umweltmonitoring und Aufbau eines Frühwarn- und Kriseninformationssystems. | | | | | | |
| | - Erarbeitung eines Schutzbauten-Katasters für alle Schutzbauten sowie Sicherstellung von Kontrolle und Instandstellung. - Erarbeitung von Interventionskarten zur Verstärkung der Prävention auf Gemeindeebene. | | | | | | |
| [20/25] Energieeffizienz | - Erhöhung Mindeststandards an Bauten. | 2'150 | 2'800 | 3'000 | 3'000 | 3'000 | 3'200 |
| | - Optimierung Holzenergienutzung. | | | | | | |
| | - Verstärkte Wasserkraftnutzung. - Erhöhung Wertschöpfung Wasserkraft. | | | | | | |
| [21/26] Wasser | - Erfassen der Wasserentnahmen in einem Wasserentnahmekataster. | 0 | 60 | 60 | 60 | 60 | 240 |
| | - Abflussmessungen mit Frühwarnung an den wichtigsten Gewässern und beim Grundwasser. | | | | | | |

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|---|--|------------------------------|-----------------------------------|--------|--------|--------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| 8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit | | | | | | | |
| [22/02] Tourismus | <ul style="list-style-type: none"> - Bündner Tourismusreform umsetzen. - Unterstützung der Strukturreform mit finanziellen Beiträgen sowie mit dem Einsatz von personellen Ressourcen. - Bearbeitung von Aufbaumärkten (Norddeutschland, Grossbritannien, BeNeLux). - Einführung einer kantonalen Tourismusabgabe. | 3'915 | 3'973 | 6'033 | 6'094 | 5'155 | 5'595 |
| [23/12] Neue Regionalpolitik | <ul style="list-style-type: none"> - Förderung Tourismusexporte. - Förderung Industrie- und Dienstleistungsexporte. - Neukonzeption Regionalmanagement. - Umsetzung Strategien in potenzialarmen Räumen. | 2'170 | 4'050 | 3'830 | 2'920 | 2'000 | 4'120 |
| [24/21] Sondernutzungsräume | <ul style="list-style-type: none"> - Definieren der Rahmenbedingungen für Sondernutzungsräume. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| [25/22] Steuern | <ul style="list-style-type: none"> - Reduktion der Gewinnsteuer. - Reduktion der Kapitalsteuerbelastung. - Reduktion der Vermögenssteuerbelastung. | 0 | 0 | 0 | 45'000 | 45'000 | 90'000 |
| [26/23] Wirtschaftswachstum | <ul style="list-style-type: none"> - Grossveranstaltungen: <ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Grossveranstaltungen. - Med-Tourismus: <ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von Angeboten für ausserkantonale und ausländische Gäste in der präventiven, reparativen und elektiven Medizin. - Abschaffung der Abgaben auf den Einnahmen der Spitäler aus der Behandlung von ausserkantonalen und ausländischen Patientinnen und Patienten. - Graubünden wird für wohlhabende ausserkantonale, pensionierte Personen als Wohnsitzkanton attraktiv gemacht. | 300 | 304 | 309 | 313 | 1'318 | 1'044 |
| | <ul style="list-style-type: none"> - Holzwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Neuausrichtung der Waldbau- und Holzertntestategie. - Kooperationsmodelle entwickeln. - Landwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Mitgestaltung und Unterstützung von alpinavera. | 0 | 150 | 150 | 150 | 150 | 600 |
| | <ul style="list-style-type: none"> - Holzwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Neuausrichtung der Waldbau- und Holzertntestategie. - Kooperationsmodelle entwickeln. - Landwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> - Mitgestaltung und Unterstützung von alpinavera. | 13'940 | 13'940 | 13'940 | 13'940 | 13'940 | 0 |
| [27/27] Umweltschutztechnologien | <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Forschung und Entwicklung umweltschonender Technologien. | 250 | 250 | 225 | 225 | 25 | -275 |
| | | 0 | 130 | 130 | 100 | 100 | 460 |

| Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr. | Massnahmen | Aufwand gemäss VO 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Total Mehr- auf- wand |
|---|---|------------------------------|-----------------------------------|-------|-------|-------|--------------------------------|
| | | | Aufwand pro Jahr in 1'000 Franken | | | | |
| 9: Finanzpolitik und Kantonshaushalt | | | | | | | |
| [28/05] Bündner NFA – Neukonzeption Finanzausgleich | - Neukonzeption Ressourcen- und Lastenausgleich. - Aufgabenentflechtung und neue Zusammenarbeitsformen. ¹ | 85 | 85 | 5'000 | 5'000 | 5'000 | 14'745 |

Übersicht der Aufwendungen pro Politikbereich

| Gesamttotal der Aufwendungen resultierend aus den Entwicklungsschwerpunkten 2009-2012 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Mehraufwand gegenüber Budget 2008 |
|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|
| | In Franken 1'000 | | | | | |
| 0: Verwaltung – Reformen - Aussenbeziehungen | 7'762 | 10'660 | 10'620 | 13'025 | 21'425 | 24'682 |
| 1: Sicherheit | 2'200 | 2'350 | 3'000 | 3'300 | 3'600 | 3'450 |
| 2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft | 500 | 1'537 | 1'902 | 2'132 | 2'207 | 5'778 |
| 3: Kultur, Sprache und Sport | 100 | 1'100 | 1'400 | 1'000 | 2'850 | 5'950 |
| 4: Gesundheit | 170 | 900 | 500 | 500 | 500 | 1'720 |
| 5: Soziale Sicherheit | 631 | 996 | 1'263 | 1'331 | 1'399 | 2'465 |
| 6: Verkehr | 237'785 | 270'600 | 274'850 | 287'300 | 282'400 | 164'010 |
| 7: Umwelt und Raumordnung | 2'150 | 4'190 | 4'350 | 4'240 | 4'240 | 8'420 |
| 8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit | 20'575 | 22'797 | 24'617 | 68'742 | 67'688 | 101'544 |
| 9: Finanzpolitik und Kantonshaushalt | 85 | 85 | 5'000 | 5'000 | 5'000 | 14'745 |
| Gesamttotal | 271'958 | 315'215 | 327'502 | 386'570 | 391'309 | 332'764 |

¹ Zur Deckung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bündner NFA steht für diesen Zweck Eigenkapital zur Verfügung. Die jährlichen Mehrkosten für den Kanton können zurzeit nur grob geschätzt werden.

C. Finanzpolitische Richtwerte 2009-2012

1. Die **Laufende Rechnung** ist **ausgeglichen** zu gestalten. Ein budgetierter Aufwandüberschuss darf grundsätzlich 30 Mio. Franken nicht überschreiten. Unter Berücksichtigung des verfügbaren Eigenkapitals sind Defizite bis höchstens 60 Mio. Franken zulässig.
2. Die **Steuerbelastung** ist im interkantonalen Vergleich möglichst stabil zu halten und nach Möglichkeit punktuell zu reduzieren. Der Steuerfuss soll auf die finanziellen Rahmenbedingungen (Mittelbedarf, Eigenkapitalentwicklung, finanzielle Aussichten) ausgerichtet werden.
3. Die **Nettoinvestitionen** sollen 200 Mio. Franken pro Jahr nicht überschreiten.
4. Das budgetierte Defizit der **Strassenrechnung** darf höchstens 10 Mio. Franken pro Jahr betragen.
5. Die **Staatsquote** soll stabil gehalten werden.
6. Auf kostenwirksame **Stellenschaffungen** in der kantonalen Verwaltung ist grundsätzlich zu verzichten.
7. **Lastenverschiebungen** zwischen dem Kanton und den Gemeinden sind zu vermeiden. Sie sind zulässig soweit sie im Zuge der Neuregelung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) entstehen.
8. Die **Nutzniesser- und Verursacherfinanzierung** soll ausgeschöpft werden.
9. Neue kostenwirksame Aufgaben und Projekte sind erst dann zu realisieren, wenn deren **Finanzierung ausreichend sichergestellt** ist.
10. Der Kanton Graubünden ist bestrebt, eine **antizyklische Finanzpolitik** zu betreiben. Zur Deckung konjunktureller Defizite soll Eigenkapital in der Höhe von 200 Mio. Franken gehalten werden.

D. Finanzplanergebnisse 2009-2012

Mit der Verabschiedung des neuen Regierungsprogramms hat die Regierung auch die Finanzplanzahlen 2009-2012 festgelegt. Die Finanzplanung weist folgende Ergebnisse aus:

Verwaltungsrechnung im Ueberblick

| | Budget | Finanzplan | | | |
|--|----------------|-----------------|----------------|----------------|----------------|
| | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| | | in Mio. Franken | | | |
| Aufwand (ohne int. Verrechnung) | 2'163.1 | 2'127.3 | 2'174.3 | 2'176.4 | 2'210.1 |
| Ertrag (ohne int. Verrechnung) | 2'219.0 | 2'134.9 | 2'151.2 | 2'092.5 | 2'140.9 |
| Überschuss Laufende Rechnung | 55.9 | 7.6 | | | |
| Defizit Laufende Rechnung | | | -23.1 | -83.9 | -69.2 |
| Konsolidierte Gesamtausgaben | 2'378.0 | 2'391.9 | 2'426.8 | 2'437.3 | 2'451.7 |
| <i>Zunahme gegenüber Vorjahr</i> | <i>5.5%</i> | <i>0.6%</i> | <i>1.5%</i> | <i>0.4%</i> | <i>0.6%</i> |
| Konsolidierte Gesamteinnahmen | 2'432.7 | 2360.3 | 2'375.3 | 2'325.3 | 2'346.4 |
| Finanzierungsüberschuss | -54.7 | | | | |
| Finanzierungsfehlbetrag | | 31.6 | 51.5 | 112.0 | 105.3 |
| Bruttoinvestitionen | 421.0 | 457.1 | 454.9 | 457.6 | 437.8 |
| Nettoinvestitionen | 204.5 | 222.3 | 221.4 | 215.4 | 222.9 |
| Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen | 126.8% | 85.8% | 76.7% | 48.0% | 52.8% |